

Pressemitteilung



Magdeburg, 5. Mai 2017

Debatte zur Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt Planungen für Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern müssen an steigende Schülerzahlen angepasst werden

Die SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt plädiert dafür, die Planung künftiger Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern an die Entwicklung der Schülerzahlen anzupassen. „Wir haben im Koalitionsvertrag eine Unterrichtsversorgung von 103 Prozent über alle Schulformen als Ziel festgeschrieben“, sagte die Fraktionsvorsitzende **Katja Pähle** am Freitag in Magdeburg. „Schon heute haben wir 2.000 Schülerinnen und Schüler mehr in Sachsen-Anhalt als bei Abschluss des Koalitionsvertrages. Es liegt auf der Hand, dass die Planungen fortgeschrieben werden müssen und wir zum Ende der Legislaturperiode mehr schaffen müssen als die ursprünglich angepeilten 14.500 Vollzeitlehrer.“ Pähle reagierte damit auf Äußerungen von Finanzminister André Schröder (CDU). Dessen Formulierung, er sehe den Lehrkräftebedarf als gedeckt an, „werden vermutlich die meisten Eltern und Lehrer nicht teilen“, so Pähle.

Am Vormittag hatte der Landtag auf Antrag der SPD in einer Aktuellen Debatte über die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2017 diskutiert. In der Debatte sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Angela Kolb-Janssen**, die Meldungen über Probleme an den Schulen nähmen zu und seien teilweise dramatisch. „Gerade an den Grundschulen höre ich immer wieder, dass oft nur noch eine Betreuung stattfindet und es den Lehrerinnen und Lehrern nicht mehr möglich ist, ihre Vorstellungen von einer individuellen Förderung umzusetzen. Wir wollen deshalb nicht nur über Unterrichtsversorgung reden, sondern über Qualität! Gerade weil wir als SPD Mitverantwortung für den Personalabbau der vergangenen Jahre tragen, ist es uns wichtig, dass mit dem 2016 geschlossenen Koalitionsvertrag umgesteuert wird“, so Kolb-Janssen.

Sie plädierte dafür, dass in einer „Allianz für Bildung“ alle zusammenarbeiten, die an einer Verbesserung der Situation an den Schulen interessiert seien. „Da auch Bildungsminister Tullner die neu ins Leben gerufene Volksinitiative als Unterstützung seiner Arbeit begrüßt hat, ist dies eine gute Gelegenheit, an einem Strang zu ziehen“, sagte Kolb-Janssen. „Es ist höchste Zeit, den Dialog mit den Betroffenen zu führen.“